

Antrag G11: Die Linke für Freiheit und Demokratie

Antragsteller*in:

KV Recklinghausen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Linke für Freiheit und Demokratie

2 Im Kampf gegen eine faschistische Entwicklung sind die Verteidigung und Ausweitung
3 unserer Freiheitsrechte, der Demokratie und ihre Weiterentwicklung unerlässlich. Der
4 Bundesvorstand der Linken wird deshalb beauftragt, spätestens bis zum Frühjahr 2025
5 eine Strategie zur Verteidigung und Weiterentwicklung der Freiheitsrechte und der
6 Demokratie in der BRD zu erarbeiten und umzusetzen. Im Rahmen dieser Strategie

- 7 • muss der Nutzen unserer Freiheitsrechte (wie z.B. Meinungs-, Presse-,
8 Versammlungs- und Koalitionsfreiheit) für die Bevölkerung, für abhängig
9 Beschäftigte, für Bürgerinitiativen u.a. in allen linken Veröffentlichungen
10 immer wieder bewusst gemacht werden,
- 11 • sind konkrete Forderungen zur Weiterentwicklung der Demokratie zu formulieren
12 und in ansprechenden „factsheets“ zu erläutern. Dabei ist mit scheinbar kleinen
13 rechtlichen Ergänzungen zu beginnen, z.B. dass es kein Unternehmen ohne
14 Betriebsrat mehr geben darf, dass bei gewerblichen Wohnungsvermietern
15 Mieterbeiräte zur demokratisch legitimierten Vertretung von Mieterinteressen
16 eingerichtet werden müssen und dass die Restriktionen für kommunale
17 Bürgerbegehren abgebaut werden müssen. Weitere Forderungen sind, häufiger
18 Bürger:innenräte zu konsultieren und Bürger:innenbegehren auf Bundesebene
19 einzuführen.

Begründung

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts nimmt die Zahl der Länder, die autokratisch bis diktatorisch regiert werden, von Jahr zu Jahr zu. Der Trend zum Autoritarismus ist eine weltweite Gefahr für die Demokratie. In Europa zeigt sich dieser Trend darin, dass die rechtsextremen Parteien stärker geworden sind, wie in den Europawahlen 2024. In der BRD haben die Zahlen und Anteile der AfD-Wähler:innen zugenommen, und in den Landtagswahlen 2024 hat die AfD weitere Stimmenzuwächse erzielt.

Was Rechtsextreme unternehmen, sobald sie (mit-)regieren, lässt sich in Nachbarländern wie Ungarn, Polen früher unter der PIS-Regierung oder der Slowakei beobachten und natürlich in der deutschen Geschichte. Rechtsextremisten schürten und schüren Hass: gegen (angebliche) Juden und People of Colour, gegen Geflüchtete und andere Menschen mit Migrationsgeschichte, gegen Schwule und sozial ausgegrenzte Menschen (z.B. so genannte Bettler oder Landstreicher), gegen körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen sowie gegen das ganze „System“ und die „Systemparteien“. Sobald sie an Regierungen beteiligt sind, werden von ihnen die demokratischen Freiheitsrechte zunächst eingeschränkt und dann abgeschafft, bevor die Faschisten die ganze Demokratie zerstören, um ihre Diktatur auszuüben. Schon 1933 kam diese Entwicklung nicht aus heiterem Himmel, schon in der Weimarer Republik waren freiheitliche und demokratische Rechte ausgehöhlt worden. Auch heute geht die Gefahr nicht nur von Rechtsextremisten aus.

Sogar in der BRD sind die demokratischen und Freiheitsrechte nicht unumstritten. Meinungs- und Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit, Demonstrations- und Streikrecht werden von abhängig Beschäftigten genutzt, um z.B. Lohnerhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen zu erreichen, ebenso werden sie von Bürgerinitiativen und NGOs in Anspruch genommen, um

veränderte, bürgerfreundlichere Planungen in Stadt und Land, zu Infrastruktureinrichtungen und zur Bodennutzung zu erstreiten.

Immer wieder werden dadurch die Profite kapitalistischer Unternehmen geschmälert und ihre Geschäftemachereien eingeschränkt, weshalb im Gegenzug die von Beschäftigten und Bürger:innen in Anspruch genommenen Rechte beschnitten werden sollen. Immer wieder werden solche kapitalistischen Anliegen von Politiker:innen aufgegriffen und unterstützt. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen sich die Konflikte verschärfen, z.B. während der letzten Lokführerstreiks, gegen die so genannten „Klimakleber“, und aktuell wollen die FDP und einige Medien sogar das Streikrecht für verschiedene Berufsgruppen einschränken.

Diese politische Rechtsentwicklung werden wir durch Demonstrationen „gegen Rechts“ und auch durch radikale sozialpolitische Forderungen nicht aufhalten.

Notwendig ist daher eine Strategie zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie, die es in vielen anderen Ländern gar nicht gibt.

Dass die defensive Forderung, das Vertrauen in die bestehenden Institutionen zu stärken und den gegenwärtigen Zustand zu erhalten, viele Menschen überzeugen kann, ist schwer vorstellbar, da bereits 20-30 Prozent der Wahlberechtigten mindestens gleichgültig sind oder die AfD aus Überzeugung wählen.

Notwendig sind stattdessen weitere demokratische Rechte zur Mitbestimmung und stärkeren Beteiligung der Bevölkerung an Politik und Wirtschaft, um mittel- bis längerfristig weitergehende Reformen durchzusetzen, vor allem in der Bildungs-, Sozial-, Klima- und Wirtschaftspolitik. Einzelne solcher Forderungen sind über verschiedene linke Programme verteilt, schlecht zu finden und müssten in einer Strategie gebündelt werden. Ein weiteres wichtiges Ziel ist, dass in möglichst vielen Unternehmen und Branchen die Profitorientierung durch das Prinzip der Gemeinnützigkeit ersetzt wird. Dass irgendeine der einflussreichen politischen Parteien solche Reformen unterstützen oder vorantreiben würde, ist nicht absehbar. Deshalb müssen die Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung erweitert werden, was auch von Anhänger:innen anderer Parteien mitgetragen werden kann. Schon jetzt gibt es viele Forderungen, die in Umfragen von großen Teilen der Befragten unterstützt, von den meisten Berufspolitik:innen aber zurückgewiesen werden. Als Instrument, in dem durchaus komplexe Probleme erörtert und Lösungsvorschläge erarbeitet werden können, haben sich inzwischen Bürger:innenräte erwiesen, deren Vorschläge allerdings als völlig unverbindlich gelten. Um ihre Wirksamkeit zu erhöhen, sollte die Linke für neu einzuführende Bürger:innenbegehren in Verhandlungen mit den anderen demokratischen Parteien eintreten.

Dabei darf das langfristige Ziel einer freien und (klima-) gerechten Gesellschaft nicht aus den Augen verloren werden, die auch öko-sozialistisch genannt werden kann. Dieser Gesellschaft darf keine Neuauflage des früheren Staats- oder bürokratischen Verwaltungssozialismus sein, der den Systemen in den Ländern des ehemaligen RGW ähnlich wäre. Der neue Ökosozialismus muss ein demokratischer Selbstverwaltungssozialismus sein, der vom Engagement seiner Bevölkerung lebt. Selbstverwaltung braucht Strukturen, braucht Regelwerke, deren erfolgreiche Anwendung Übung voraussetzt. Deshalb müssen schon jetzt demokratische Strukturen aufgebaut werden, die über die Gegenwart hinausweisen in eine freiere und gerechtere Zukunft.

Aus diesen Gründen muss die Linke die Strategie zum Ausbau unserer Demokratie und Freiheitsrechte in den Mittelpunkt ihrer Programme und Veröffentlichungen stellen.